

Herausforderung für die benötigten Wohn- und Beschulungskapazitäten gelingen die zeitlichen Abläufe aktuell nicht so schnell wie vorgesehen. Der Senat ist bemüht, mit dieser Situation durch Zwischenlösungen bestmöglich umzugehen.

Zu Frage 1: In der Einrichtung Thomas-Mann-Straße leben derzeit 31 Kinder und Jugendliche im Alter bis zu 18 Jahren. Davon befinden sich 21 im schulpflichtigen Alter von 6 bis 18 Jahren. Elf Kinder sind zwischen sechs und zehn Jahre alt, acht sind 11 bis 15 Jahre, und zwei sind 16 bis 18 Jahre alt, 13 Kinder und Jugendliche, darunter acht schulpflichtige, werden die Einrichtung im Laufe dieser Woche verlassen und in angemieteten Wohnraum umziehen.

Zu Frage 2: Die Kinder werden derzeit in altersmäßig abgestuften Unterrichtseinheiten in der Thomas-Mann-Straße beschult, wobei sich diese Beschulung ausschließlich auf die erste Aneignung von Deutschkenntnissen bezieht.

Zu Frage 3: Angesichts der Gesamtsituation ist der Senat bemüht, das Angebot an der Thomas-Mann-Straße kurzfristig zu erweitern und möglichst viele Kinder nach den Sommerferien 2013 in entsprechende Schulen mit Vorkursen einzugliedern, sofern absehbar ist, dass sie länger als drei Monate in der Einrichtung verbleiben. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde steht unter dem Betreff „**Schimmelmais im Hafent**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Schaefer, Fecker, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Schaefer!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welchen Mengen lagert verschimmelter und mit Aflatoxinen verunreinigter Mais im Hafent in Bremen?

Zweitens: Wie, wo und wann soll der verschimmelte Mais fachgerecht entsorgt werden?

Drittens: Welche Schutzmaßnahmen gegen eine Gefährdung müssen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Umgebung bei der Lagerung, Umlagerung und Entsorgung des mit Aflatoxin vergifteten Maises getroffen werden, und wer kontrolliert deren Einhaltung?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Es lagern circa 25 000 Tonnen mit Aflatoxin B1 belasteter Futtermais in Bremen.

Zu Frage 2: Wie, wo und wann der Futtermais entsorgt wird, kann derzeit noch nicht beantwortet werden. Das auch für Bremen zuständige Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, Laves, in Oldenburg hat im Februar 2013 angeordnet, dass dieser Mais als Futtermittel nur in Verkehr gebracht, bewegt, verarbeitet oder verfüttert werden darf, wenn der Nachweis der Verkehrsfähigkeit entsprechend der geltenden gesetzlichen Regelungen erbracht wird. Diese Anordnung gilt sowohl für den in Bremen als auch für den in Brake lagernden Mais.

Bisher hat die Eigentümerfirma nur für die in Brake lagernde Partie eine Nachbeprobung zum Nachweis der Verkehrsfähigkeit als Futtermittel beantragt, konnte jedoch den Nachweis nicht erbringen. Für den in Bremen lagernden Mais kann die Eigentümerin gemäß der Anordnung des Laves den Nachweis der Verkehrsfähigkeit noch erbringen.

Wenn der Mais keiner rechtlich zulässigen Zweckbestimmung zugeführt werden kann, so ist er als Abfall zu entsorgen. Hinsichtlich der Anforderungen an die Entsorgungswege und die Nachweisführung werden in Bremen die gleichen Anforderungen wie in Niedersachsen gestellt. Der Eigentümerfirma sind die Zuständigkeiten in Bremen bekannt.

Zu Frage 3: Derzeit ruht der aflatoxinbelastete Mais in einer geschlossenen Halle. Verantwortlich für die Durchführung des Arbeitsschutzes ist der Unternehmer. Die Gewerbeaufsicht des Landes Bremen und die Berufsgenossenschaft Handel und Warendistribution sind tätig geworden und haben das Notwendige veranlasst. Sie werden bei Bedarf auch weiter tätig. Zum Schutz der Beschäftigten werden zum Beispiel Atemschutz, staubarmes Arbeiten, das Verbot der Nahrungsaufnahme und die Trennung von Arbeits- und Straßenkleidung vorgeschrieben. Dazu kommt noch eine arbeitsmedizinische Untersuchung. Die zu treffenden Maßnahmen hängen insbesondere davon ab, was mit dem Mais anschließend geschehen soll. Für die Überwachung ist die Gewerbeaufsicht des Landes Bremen zuständig. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Dr. Schaefer, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie haben gerade gesagt, dass die 25 000 Tonnen des verschimmelten Maises in einer geschlossenen Halle lagern. Das heißt, geht man davon aus, dass für die Umgebung keine Gefährdung ausgeht, weil es zu keiner Staubeentwicklung kommen kann, die aus den Lagerhallen nach außen austritt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Das ist richtig, davon gehen wir aus.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben gesagt, dass Sie noch keine Angaben machen können, wie, wo und wann der verschimmelte Mais entsorgt werden kann, weil die Angaben der Eigentümerfirma noch fehlen. Wären Sie bereit, wenn klar ist, wie mit dem Mais verfahren werden soll oder Ihre Behörde dann auch zum Zug kommt, der Deputation zu berichten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Das wollen wir selbstverständlich tun. Wir wollen möglichst schnell einen Zugriff bekommen, damit wir hier handeln können. Wie gesagt, bisher ist die Abfalleigenschaft objektiv noch nicht festgestellt worden, deswegen haben wir noch keinen Zugriff, noch keine Zuständigkeit.

Die Gewerbeaufsicht Oldenburg hatte im Vorgriff schon einmal eine abfallrechtliche Verfügung erlassen, obwohl der Besitzer des Maises noch die Möglichkeit hat, diesen Nachweis zu erbringen, womit wir nicht rechnen, aber er hat die theoretische Möglichkeit solange, bis es dann geschehen ist.

Die Gewerbeaufsicht hat verfügt, dass der verschimmelte Futtermais unverzüglich einem Entsorgungsverfahren zuzuführen und das Ganze mit entsprechenden Nachweismitteln zu versehen ist. Dagegen hat die Eigentümerin beim Verwaltungsgericht Oldenburg einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz gestellt. Diese Anordnung wurde durch das Verwaltungsgericht Oldenburg bestätigt. Das heißt, wir rechnen damit, dass wir kurz davor sind. Es kann aber auch sein, dass die Eigentümerin noch einmal Beschwerde einreicht, sodass und wir noch eine weitere juristische Schleife drehen müssen, bevor dann diese Abfalleigenschaft festgestellt wird.

Wie gesagt, wir bereiten jetzt schon vorsorglich für den Fall einen Bescheid vor, dass er objektiver Abfall wird, um dann den Eigentümer aufzufordern zu handeln. Wir werden selbstverständlich auch der Deputation berichten.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Imhoff!

Abg. **Imhoff** (CDU): Herr Senator, können Sie mir vielleicht noch einmal erklären, warum dieser Mais nicht in einer Biogasanlage verwertet werden kann?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Wir haben diese Prüfung hier nicht vorgenommen. Sie ist von den niedersächsischen Behörden, soweit ich es weiß, vorgenommen worden. Ich gehe davon aus, dass das Handling in dieser Firma nicht so beschaffen ist, dass man sicher ausschließen kann, dass die Sporen über Abluft ins Freie gelangen, bevor der Vergärungsprozess eingetreten ist, oder aber, das mag auch sein, da bin ich aber unsicher, dass nach der Vergärung diese Sporen noch vorhanden sind, dass sie noch irgendwie aus dem Prozess entweichen können. Das wäre für mich die einzig vorstellbare Erklärung, warum die Verwertung nicht möglich ist. Ich kann mir aber durchaus vorstellen, dass ein thermisches Verfahren, bei dem die organische Substanz vollständig zerstört wird, hier wirkungsvoller ist als ein Biogasverfahren, das ja zunächst einmal ein biologisches Verfahren im Vorfeld hat.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Imhoff** (CDU): Können Sie uns zur nächsten Deputation das Ergebnis der Niedersachsen nachreichen? Das wäre ganz nett.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Wir können dort noch einmal die Begründung dieser Bewertung anfordern, um uns selbst ein Bild zu machen für unsere Entscheidung, was wir letztlich machen wollen. Das ist ein guter Vorschlag.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Saffe!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): War eigentlich bekannt, dass der Mais belastet war, als er nach Bremen kam, oder wurde die Belastung erst entdeckt, als er schon in dieser Halle im Hafen lagerte?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Mir war das nicht bekannt.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit Beantwortung dieser letzten Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Kastendiek, Bensch, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

„Stein auf Stein, statt Steine im Weg - Bau des Lesum-Parks zügig ermöglichen“

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Günthner und Herr Senator Dr. Lohse.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Neumeyer.

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Bereits im Jahr 2002 hat die Bundeswehr die Nutzung des circa 8,7 Hektar großen Geländes der Wilhelm-Kaisen-Kaserne in Lesum aufgegeben. Danach hat ein intensiver Diskussionsprozess über Möglichkeiten und Chancen der Nutzung stattgefunden. Mit PROCON kam dann endlich ein Investor, der ein nachhaltiges Konzept vorgelegt hat.

Der Lesum-Park beinhaltet mehrere begrüßenswerte Inhalte, so soll neben dem Gesundheitszentrum ein einzigartiger behindertengerechter Supermarkt in der Nähe der Stiftung Friedehorst erbaut werden. Des Weiteren werden 40 Wohneinheiten entstehen, die auch für Bremen - es wird immer von der Regierung gesagt, wir haben zu wenige Wohnungen -, sehr wünschenswert sind. Für Bremen-Nord ist dies ein wahrer Glücksfall, da durch dieses Großprojekt Arbeitsplätze entstehen, von denen es in Bremen-Nord auch nicht genug gibt.

Dem Investor wurde für sein Projekt eine zügige Bearbeitung vonseiten der Behörden zugesagt, doch jetzt musste ich letzte Woche in der Zeitung lesen, dass drei von vier Anträgen von der Baubehörde nicht beschieden wurden und der Bau-träger seit zwei Jahren auf sein Baurecht wartet. Das nenne ich Bauverhinderungspolitik, Herr Senator Dr. Lohse!

(Beifall bei der CDU)

Ihre Baubehörde schaltet und waltet in dieser Stadt, wie es ihr beliebt, und Sie schauen nur zu. Ein Projekt nach dem anderen geht in Bremen und insbesondere in Bremen-Nord zugrunde, sei es das BWK-Gelände, von dem Wirtschaftssenator Günthner sagt, dass es dort qualmen und rauchen darf, aber der grüne Bausenator eine industrielle Nutzung blockiert, sei es das Baugebiet Alte Molkerei, wo nicht zügig entschieden wird und der Investor abspringt, seien es die Baugebiete Blumenhorster Straße oder Am Bodden-Nord in Blumenthal.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Also Lesum/Heidelbergbad wird schon gebaut!)

Wir sprechen jetzt über die, die nicht gebaut werden.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber man könnte auch einmal aufzählen, was gebaut wird!)

Natürlich wird in Bremen-Nord gebaut, Frau Kollegin, aber wir könnten auch noch mehr Baugebiete in Bremen-Nord bestücken!

(Beifall bei der CDU)

Das alles sind Maßnahmen, die Bremen-Nord aufwerten würden, die aber nicht zustande kommen, weil das Bauamt eine nicht zu akzeptierende Verhinderungspolitik betreibt. Es gibt dort viele Bedenken-träger. Vollkommen fassungslos macht mich auch, dass es aufseiten der Stadt für den Lesum-Park kein zentrales Projektmanagement gibt. Reden der rote Wirtschaftssenator und der grüne Bausenator nicht miteinander? Ich verstehe es nicht, das Projekt wird seit Jahren geplant, und erst jetzt überlegen Sie sich, dass sich die Staatsräte aus dem Bau- und dem Wirtschaftsressort einmal zusammensetzen sollen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das tun sie doch immer!)

Ist das Ihr Ernst? Würde ich dies aus einer anderen Stadt hören, würde ich sagen Anfängerfehler, aber die SPD ist seit 60 Jahren in Bremen in der Regierung, solche Anfängerfehler dürfen da nun wirklich nicht passieren.

(Beifall bei der CDU)

Erst vor wenigen Wochen noch hörte ich den Bürgermeister auf der Messe BRE NOR sagen, dass der Lesum-Park ein Schlüsselprojekt für Bremen-Nord sei und er sich für dieses Projekt einsetzen werde.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Das tut er auch! - Abg. Frau Garling [SPD]: Wenn er das sagt!)

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.